

sollten, dass sie wissen, wie wichtig es ist, gerade auch für Wissenschaftlerinnen bessere Karriere-chancen zu organisieren und das verantwortungsvoll dann auch im Rahmen ihrer neuen Freiheit umzusetzen. – Herzlichen Dank für die freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/5565** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** zu **überweisen**. Dort soll auch die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit Zustimmung aller Fraktionen beschlossen, und wir verfahren so.

Als Nächstes rufe ich auf:

13 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder – GTK)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5743
erste Lesung

Zur Einbringung erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Laschet das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute in erster Lesung ein Gesetz zur Änderung des GTK. Im Einzelnen geht es um den Haushaltskonsolidierungsbeitrag der vergangenen Jahre, den die rot-grüne Vorgängerregierung 2004 eingeführt hat. Dieser Konsolidierungsbeitrag soll als ein Element des alten GTK bis zum Inkrafttreten des neuen Kinderbildungsgesetzes im August kommenden Jahres fortgeschrieben werden.

Dass es zu dieser Fortschreibung kommt, war in den Beratungen zum KiBiz allen klar. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich mit den Stel-

lungnahmen der Trägerverbände und der kommunalen Spitzenverbände zu diesem Thema bereits im Oktober befasst. Auch der Betrag selbst von 40 Millionen € ist im Haushalt berücksichtigt, also nicht vergessen, wie manche in den letzten Wochen behauptet hatten. Er ist auch im Erläuterungsband zum Haushalt ausführlich beschrieben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Eines ist richtig: Mit dem Haushaltsgesetz ist in § 18b GTK die Jahreszahl 2007 nicht durch die Jahreszahl 2008 ersetzt worden. Dieses technische Detail holen wir mit diesem Änderungsgesetz nach. Es wird nur acht Monate gelten; denn ab dann wird das neue KiBiz mit ganz anderen positiven Leistungen für die Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen wirken. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als wir vor beinahe zwei Monaten das sogenannte Kinderbildungsgesetz hier im Hause verabschiedet haben, haben wir jedem prophezeit, dass wir über dieses Gesetz und seine Folgen noch häufiger im Landtag sprechen werden. Sie, Herr Laschet, meinten damals, das sei ja auch gut so, wenn das passieren würde. Kaum zwei Monate danach stellen wir heute fest: Wir hören wieder von diesem Gesetz, und zwar schneller als Ihnen lieb ist;

(Minister Armin Laschet: Wir reden über das GTK!)

sonst müssten Sie diesen Tagesordnungspunkt nicht hinten auf der Tagesordnung vergraben – in der Hoffnung, dass keiner merkt, welche peinliche Nummer Sie hier gerade vorführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Wir sind aber jetzt beim GTK!)

Mit diesem Vorgang wird wieder einmal deutlich, wie schlecht diese Regierung ihr Handwerkszeug beherrscht. Sie haben es schlicht verpennt, die Kürzungen, die Sie im GTK seit Ihrer Regierungsübernahme entgegen Ihrer Wahlversprechen fortgeschrieben haben, in den Haushalt 2008 aufzunehmen. Es handelt sich immerhin um rund 44 Millionen €, die Sie mal eben so einfach vergessen.

Eine kleine Anfrage einer Oppositionsabgeordneten bringt es an den Tag. Was wäre denn passiert, wenn Frau Asch Sie nicht noch rechtzeitig mit der Nase darauf gestoßen hätte? Die Träger hätten vom Januar bis August einen Rechtsanspruch auf eine höhere Sachkostenpauschale gehabt. Wenn Sie dann, sagen wir mal im Februar 2008, den Landtag mit einer ähnlichen Initiative wie der heutigen beglückt hätten, weil Sie ja nie vorhatten, höhere Sachkostenpauschalen zu finanzieren, wären Sie möglicherweise beklagt worden und hätten sicherlich nicht alle bis dahin zu zahlenden Mittel zurückerhalten. Und den Trick, das Datum des Inkrafttretens zurückzudatieren, hätten Sie dann auch nicht mehr anwenden können. Peinlich und unerfreulich auch gegenüber dem Finanzminister!

Wissen Sie, Herr Minister, wie die Leute Ihren Lapsus nennen? – Sie sprechen von der „Laschet-Lücke“. Und weil Ihr sogenanntes Kinderbildungsgesetz eben doch ein Spargesetz ist, müssen Sie das mit dieser Operation, die Sie heute dem Hohen Hause präsentieren, jetzt schnell heilen. Sie müssten ansonsten befürchten, dass der Übergang vom GTK zum KiBiz noch drastischer ausfällt und den Trägern, Eltern und Erzieherinnen noch dramatischer klar wird, wie hart die Verschlechterungen sind, die mit dem KiBiz verbunden sind. Das heißt: Sie sind nicht nur schlampig im Regierungshandeln, nein, Sie versuchen Ihre Schlampigkeit auch noch auf Kosten der Kinder zu verschleiern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn die Pauschalen sind auf der Grundlage von 2005 gerechnet. Nicht nur die Kosten für Energie und Wasser sind im Land seither gestiegen; auch die Preise für Lebensmittel sind so stark gestiegen wie in den letzten fünf Jahren nicht mehr. Die Pauschalen sind nicht auskömmlich. Sehen Sie das endlich ein und rechnen Sie neu! Denn diese Entwicklungen schlagen auf die Kindertageseinrichtungen genauso durch wie auf jeden anderen Haushalt hier in Nordrhein-Westfalen. Jetzt, Herr Laschet, zahlen Sie zum ersten Mal den Preis dafür,

(Minister Armin Laschet: Die Pauschalen sind dynamisiert!)

dass Sie sich gegen jede Vernunft weigern, eine Übergangsregelung vom GTK zum KiBiz einzuführen. Sie zahlen jetzt quasi die erste Rate, weitere werden folgen. So viel ist sicher.

Wenn Sie beispielsweise nicht in der Verfahrensverordnung deutlich machen, dass es keine Kontingentierung bei den Stunden gibt und alle durch

die örtlichen Jugendhilfeträger ermittelten und angemeldeten Bedarfe auch bewilligt werden, dann stehen Sie spätestens im April 2008 hier vor uns und werden einen extremen Rückgang bei den Ganztagsplätzen in NRW einräumen müssen. Aber überall in Deutschland werden gerade die Ganztagsplätze stärker nachgefragt.

Und noch eins: Ihnen sind sicherlich auch schon Elternbeitragssatzungen in die Hände gefallen, Herr Minister. Wird Ihnen nicht langsam angst und bange, wie weit sich die Schere zwischen den armen und den reichen Kommunen im Land spreizt?

(Minister Armin Laschet: Nein, nie!)

Ist es das, was Sie wollen, dass die Eltern in der Kommune A für die gleiche Leistung bis zu 40 % mehr zahlen müssen als in Kommune B?

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Was soll das für ein Wettbewerb werden? Was muten Sie den Familien, den Städten und den Gemeinden in unserem Land zu?

(Minister Armin Laschet: Was hat das mit dem Gesetz zu tun?)

Nutzen Sie die Zeit und ändern Sie das Gesetz in diesem Punkt! Oder versuchen Sie wenigstens, über die Verfahrensverordnung einen Weg zu finden, sodass die Elternbeitragssatzungen in den einzelnen Städten und Gemeinden nicht so unterschiedlich sind, wie es sich zurzeit abzeichnet! Ansonsten gibt es noch eine „Laschet-Lücke“, und die wird eine krasse Gerechtigkeitslücke.

Wir erleben den Niedergang eines Politikers, wie man ihn nur selten beobachten kann. Am Anfang Ihrer Tätigkeit, Herr Minister, wurden die Menschen auf Sie aufmerksam. Viele haben sicherlich gedacht, dass Sie für einen CDU-Politiker wirklich Interessantes und Neues reden.

In der Zwischenzeit ist den Menschen und den Eltern klar geworden, dass Sie schneller reden, als Sie denken, und zuweilen wirklich nicht wissen, wovon Sie reden. Bis heute, Herr Minister, haben Sie nicht die Spur einer Ahnung, wie Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen arbeiten.

Wir sind in der Vorweihnachtszeit. Für die Kindertageseinrichtungen in NRW sind die Weihnachtsgeschenke ausgeblieben. Sie blicken mit Sorge und großer Verunsicherung auf das nächste Jahr. Sie haben mit Ihrem heutigen Gesetzentwurf noch

einmal deutlich gemacht, dass Sie nicht vorhaben, daran irgendetwas zu ändern.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Altenkamp. – Nun spricht Herr Jarzombek für die CDU-Fraktion.

Thomas Jarzombek^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein schönes Ritual, das man auch hier heute beobachten kann, dass sich jedes Mal, wenn in irgendeiner Art und Weise über Kinder in diesem Land geredet wird, die Opposition auch weiterhin an dem längst beschlossenen KiBiZ abarbeitet. Ich denke, Sie müssen es einfach ertragen, dass wir die Reform gemacht haben.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Die Kinder müssen das ertragen!)

– Nein, nein, die Kinder müssen das nicht ertragen, ganz im Gegenteil. Das, worüber wir heute reden, zeigt ganz deutlich, was für ein vermurkstes Konstrukt Sie uns im Bereich der Kindertageseinrichtungen hinterlassen haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nicht alles, was Sie nicht verstehen, ist vermurkst!)

– Frau Altenkamp, ich freue mich, dass Sie eine so gute Meinung von mir haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich habe von Ihnen ganz und gar keine gute Meinung, machen Sie sich da keine Hoffnung! – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Sie werden bestimmt genau verstanden haben, was Sie als Konsolidierungsbeitrag in vielen, vielen Jahren den Kindern in diesem Land aufgedrückt haben. Sie sehen, dass das gar nicht so einfach ist. Aus diesem Grund ist das, was hier vorliegt, nichts anderes, als das fortzuschreiben, was Sie in den letzten Jahren vermurkst haben. Wir werden das zum 1. August mit dem KiBiZ beenden. Hier zeigt sich ganz klar: Das neue Gesetz ist notwendig. Damit kann man das an dieser Stelle auch bewenden lassen. Ich werde heute die Redezeit nicht unnötig in die Länge ziehen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Sie können das auch tun. – Ich freue mich aber darauf, Frau Asch, wenn Sie uns mit oder ohne Luftballon gleich präsentieren werden, dass Sie im Jahre 2004 gar nicht dabei gewesen sind, als Rot-Grün diese Konsolidierung eingeführt hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Sagen Sie mal was zum Gesetzentwurf!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Jarzombek. – Herr Lindner spricht nun für die FDP.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf zur Änderung des GTK um eine reine Formsache. Fortgeschrieben wird, was die Vorgängerregierung mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 den Trägern an Konsolidierung abverlangt hat. Das ist bedauerlich und von uns vielfach kritisiert worden,

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber nicht verändert worden!)

wir haben es jetzt aber erst systematisch in Zusammenhang mit dem Kinderbildungsgesetz korrigieren können.

Zum 1. August des kommenden Jahres steht den Kindertageseinrichtungen wieder ein auskömmlicheres finanzielles Budget zur Verfügung. Wir werden im nächsten Jahr erstmals auf über 1 Milliarde € Förderung von Land und Bund kumuliert kommen. Im nächsten Jahr wird meiner Meinung nach deutlich sichtbar werden, dass diese Koalition einen Schwerpunkt zugunsten von Kindern und Jugendlichen setzt.

Wir möchten gerne das GTK in Kontinuität rot-grüner Kindergartenpolitik noch einmal ändern, um dann ab dem 1. August des kommenden Jahres aber endlich in ein neues Zeitalter eintreten zu können. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann gut verstehen, dass Ihnen das peinlich ist, Herr Jarzombek, Herr Lindner, Herr Laschet. Die „Laschet-Lücke“ – das habe ich eben auch das erste Mal gehört. In der Tat ist das eine der vielen Pannen aus dem Hause Laschet. Es ist besonders peinlich, wenn man sich von der Opposition erst einmal mit der Nase darauf stoßen lassen muss,

(Beifall von Johannes Rimmel [GRÜNE])

dass solche Lücken von 40 Millionen € mal eben im eigenen Hause entstehen. Gut, ich habe mir hinterher die Frage gestellt: Hätte ich diese Kleine Anfrage lieber gelassen, dann wäre vielleicht niemand auf die Idee gekommen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Genau darauf hätte ich es einmal ankommen lassen, was dann passiert! – Zurufe von der SPD)

Ich glaube aber, irgendwann im Laufe dieses Jahres wäre es doch offenbar geworden, und dann hätten die Träger im Nachhinein zahlen müssen. Das wäre sicherlich sehr viel schmerzhafter geworden.

Im Übrigen hatte ich – das haben wir in den Haushaltsberatungen bereits besprochen – bis zum Schluss gehofft, Sie würden es einfach dabei belassen, Herr Laschet, und würden die Einrichtungen verschonen. Sie haben bewusst die Beratung über diesen peinlichen Gesetzentwurf fast ans Ende der Debatte gelegt, wo es keine Öffentlichkeit mehr gibt. Sie kommen aber nicht drum herum: Hier entlarvt sich noch einmal in besonderer Weise Ihre 150-Millionen-€-Lüge sehr deutlich.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie können sich in Eigenmantras immer wieder selbst vorspielen, es seien 150 Millionen € mehr. Jetzt wird klar, was Sie im letzten und vorletzten Haushalt noch verschleiern konnten. Damals haben Sie den Konsolidierungsbeitrag natürlich fortgesetzt. Sie haben das ganz geschickt im Haushaltsbegleitgesetz gemacht. Dann war es nicht so offensichtlich. Diesmal müssen Sie es über ein Gesetzgebungsverfahren machen, das uns heute vorliegt.

Zumindest bei diesen 40 Millionen € können Sie jetzt nicht mehr so tun, als ob Sie den Einrichtungen diesen Betrag nicht streichen würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie müssen ganz klar bekennen, dass Sie hier kürzen wollen. Das entlarvt in besonderer Weise Ihr Hauptargument – im Grunde genommen das einzige Argument –, was Sie für das KiBiz ins Feld führen können, dass nämlich angeblich 150 Millionen € mehr zur Verfügung stehen – in den Haushaltsberatungen waren es ja auf einmal noch mehr –, wobei Herr Lindner sich mit fremden Federn geschmückt und den Bundeszuschuss auch noch als eigene Leistung hineingerechnet hat.

(Christian Lindner [FDP]: Ich habe ihn doch als Bundeszuschuss ausgewiesen!)

Es ist die wundersame Geldvermehrung. Das hilft Ihnen aber alles nichts.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Was passiert? An dieser Stelle und durch dieses Vorgehen haben Sie einmal mehr das bereits schon stark strapazierte Vertrauen aller Kindergarten Träger verspielt. Diese haben durch den ganzen chaotischen Prozess KiBiz – rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln –, durch gefundene Konsense, die keine waren, durch das Sprachstandserhebungsverfahren, was Sie revidieren müssen, durch das Zertifizierungsverfahren für die Familienzentren, das Sie revidieren müssen usw. sowieso kein Vertrauen mehr in diese Landesregierung. Jetzt legen Sie nach und nehmen noch einmal 40 Millionen € aus dem Etat heraus.

(Minister Armin Laschet: Das wissen sie doch!)

Das bedeutet: Die Verunsicherung der Träger wird steigen.

(Minister Armin Laschet: Das steht doch im Haushalt!)

Von einem seriösen Handeln dieser Landesregierung geht kein Mensch mehr aus.

Dann kommt es dazu, dass die katholischen Träger sagen: Wir können unsere Einrichtungen auf dieser Grundlage nicht weiterführen. Auf dieser Grundlage können wir sogar unsere Erzieherinnen nicht weiterbeschäftigen. Wenn wir keine Garantie bekommen, dass das Geld bis Ende März fließt, müssen wir die Erzieherinnen entlassen. – Dazu trägt dieses unseriöse und unverantwortliche Handeln Ihres Hauses bei.

Das bedeutet im Klartext: Die Träger, die wir dringend brauchen, um die Infrastruktur aufrechtzuerhalten und die Infrastruktur für den U3-Bereich auszubauen, werden uns von der Stange gehen. Herr Laschet, das haben Sie ganz konkret mit Ihrer Politik zu verantworten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Lindner, ich habe erwartet, dass Sie jetzt kommen und sagen, Sie setzen nur das fort, was Rot-Grün gemacht hat.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist die Wahrheit!)

Ich möchte noch einmal wiederholen: Rot-Grün das in einem Haushalt gemacht.

(Minister Armin Laschet: In zwei! In zwei!)

Sie haben Ihren Wahlkampf wortreich mit der Aussage bestückt, diese Belastung der Träger werde unter Ihrer Regierungszeit natürlich zurückgenommen. – Sie machen nun das Gegenteil davon.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Jetzt, wo Sie die Chance hätten, wo es Ihnen sozusagen unbewusst unterlaufen ist, könnten Sie dieses Versprechen endlich einmal einhalten. Sie tun es aber noch nicht einmal an dieser Stelle.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich kann Ihnen sagen: Es gibt nur eine Lösung, um das ruinierte Vertrauen der Träger wiederherzustellen: Geben Sie dieses Vorhaben auf und kürzen Sie nicht noch ein weiteres Mal um 40 Millionen €, sondern lassen Sie den Haushalt einfach so stehen! – Die Belastung für die Eltern, für die Träger und letztendlich auch für die Kinder ist in diesem Haushalt groß genug.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Asch. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/5743 an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

14 Gründung einer Stiftung der gleichgeschlechtlichen Selbsthilfe unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5578

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5843

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Ratajczak von der CDU-Fraktion das Wort.

Marc Ratajczak (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit etwa 7 % der Bevölkerung stellen homosexuelle Menschen in Nord-

rhein-Westfalen eine zahlenmäßig starke Bevölkerungsgruppe. Das entspricht ungefähr 1,2 Millionen Menschen. Umgerechnet ist jeder 14. Bürger bzw. jede 14. Bürgerin in Nordrhein-Westfalen homosexuell. In Köln sind es vielleicht ein paar mehr, aber im Schnitt ist das so.

Schwulen und Lesben haben heute noch viele Hindernisse zu überwinden, um sich offen zu bekennen oder ihre Homosexualität zu leben. Vielen gleichgeschlechtlich empfindenden Frauen und Männern fällt der Weg oft schwer, sich zu outen, weil sie in ihrer Umgebung ein Klima erleben oder vermuten, in dem sie nicht verstanden oder akzeptiert sind oder sich fühlen und in dem ihnen die in dem Zusammenhang ganz wichtige Vertrauensbasis fehlt.

Unsere Gesellschaft hat diese Lebensform und die Stärke dieser Lebensgemeinschaften noch nicht hundertprozentig erkannt. Es ist noch immer traurige Realität, dass die Selbstmordrate vor allem bei homosexuellen Jugendlichen viermal höher ist als bei ihren heterosexuellen Freundinnen und Freunden. Der Grund ist oftmals eine Außen-seiterrolle, sind Probleme zu Hause, in der Schule oder im Betrieb. Ihr Umfeld ist oft schlecht über Homosexualität informiert.

Nicht besonders hilfreich sind an dieser Stelle zudem etwas verstaubte Ansichten einiger Gesellschaftsgruppierungen. So wurde beispielsweise erst 1992 das Thema „Homosexualität als Erkrankung“ von der WHO-Liste gestrichen.

Noch heute ist es schwulen Männern nach einer Richtlinie zur Gewinnung von Blutbestandteilen verboten, Blut zu spenden. Hier werden wir im Zusammenhang mit Drogenabhängigen, Prostituierten und Häftlingen genannt. Moralisch und in Zeiten knapper Blutkonserven und modernster Analysetechniken ist dieses Verbot aus meiner Sicht völlig überholt.

Es ist durchaus leichter geworden. Das ist gar keine Frage. Es ist aber immer noch nicht einfach. Das Wort „outen“ ist längst in die Alltagssprache eingegangen. Doch so leicht wie uns das Outen in alltäglichen Situationen über die Lippen kommt, ist das Coming-out für junge Menschen noch immer nicht. Die Erwartung, dass einen das Umfeld plötzlich mit völlig anderen Augen betrachten könnte, wirkt für viele junge Menschen beängstigend. In dieser Situation stehen ihnen inzwischen zunehmend Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände helfend zur Seite.

Um solche Hilfeleistungen und darüber hinaus wichtige Initiativen wie Altenprojekte, Projekte zur Akzeptanzförderung und gegen Gewalt zukünftig